

Merseburger Kreisblatt.



Abonnementspreis: Vierteljährlich bei den Austrägern 1,20 M., in den Ausgabeorten 1 M., beim Postbezug 1,40 M., mit Beilage 1,20 M. Die einzelne Nummer wird mit 15 Pf. berechnet. — Die Expedition ist an Wochentagen von früh 7 bis abends 7, an Sonntagen von 8^{1/2} bis 9 Uhr geöffnet. — Druck und Verlag: H. J. Schönbach, Merseburg, den 24. Mai 1910. — Telefon 274.

Insertionsgebühren: Für die 5 gespaltene Korpuszeile oder deren Raum 20 Pf., für Prosa in Merseburg und Umgebend 10 Pf. Für periodische und größere Inserate entsprechende Ermäßigung. Komplizierter Satz wird entsprechend höher berechnet. Posten und Nummern außerhalb des Inseratenpreises 40 Pf. — Sämtliche Annoncen-Bureaus nehmen Inserate entgegen. — Telefon 274.

Tageblatt für Stadt und Land.

(Amtliches Organ der Merseburger Kreisverwaltung und Publikationsorgan vieler anderer Behörden.)

Gratisbeilage: „Illustriertes Sonntagsblatt“.

Der Nachdruck der amtlichen Bekanntmachungen und der Merseburger Lokal-Nachrichten ist ohne Vereinbarung nicht gestattet.

Nr. 118.

Dienstag, den 24. Mai 1910.

150. Jahrgang.

Bekanntmachung.

Des Königs Majestät haben durch Allerhöchsten Erlass vom 19. April d. Js. dem Vorstände des Verbandes Deutscher Beamtenvereine zu Berlin die Erlaubnis zu erteilen geruht, im Jahre 1910 ein Gelbblotterle mit einem Spielfapital von 100000 M. zur Schaffung einer Heimstätte für notleidende Hinterbliebene von Reichs-, Staats- und Kommunalbeamten sowie sonstiger mildtätiger Einrichtungen zu veranlassen und die Lose in allen Beamtenkreisen zu vertreiben. Die Ziehung der Lose soll am 2. November d. Js. stattfinden. Die Ortspolizeibehörden ersuche ich, den Vertrieb der Lose nicht zu beanstanden. Merseburg, den 13. Mai 1910.

Der Königliche Landrat.

Graf v. Hausoville.

Der Ortsrichter Hildebrand in Burgliebenau ist zum Standesbeamten des Standesamtsbezirks Neuhaus bestellt worden. Merseburg, den 18. Mai 1910.

Der Königliche Landrat.

Graf v. Hausoville.

Kinderfest.

Die Feier des Kinderfestes am Montag, den 27. Juni d. Js.

auf dem Marktplatze stattfinden, wenn nicht unglückliches Wetter die Verlegung auf einen der zunächst darauffolgenden Tage notwendig machen sollte. Ueber die Ausführung der Feste werden wir Folgendes:

1. Die Kinder müssen pünktlich um 2^{1/2} Uhr nachmittags auf dem Marktplatze aufgestellt sein. Demnach erfolgt der Ausgang durch die Grotthardstraße nach dem Festplatze, abends 7^{1/2} Uhr findet der Eingang durch das Sigtort statt. Die Behörden und die Herren Geistlichen werden gebeten, sich an die Spitze des Zuges zu stellen. Die Herren Bürgerlichen werden dem Zuge der Kinder den erforderlichen Schutz gewähren.

2. Zur Ausführung der nötigen Anordnungen auf dem Festplatze sind deputiert: die Herren Stadträte Berger und Hildebrand, sowie die Herren Stadtverordneten Beyer, Dietrich, Frauenheim, Grempler und Meißner und die Herren Direktor Schulz, Rektor Jergang, Schmidt und Seminarlehrer Pfisterkorn.

3. Alle diejenigen, welche beabsichtigen, auf dem Festplatze Zelte oder Buden aufzubauen, werden ersucht, sich in der Zeit vom

6. bis 9. Juni d. J. von 3 bis 6 Uhr nachmittags im Standesamtzimmer zu melden. Dasselbst werden die Bedingungen für das Aufbauen und Wegschaffen der Zelte und Buden mitgeteilt. Der Aufbau der Zelte und Buden hat bestimmt bis zum Sonnabend den 25. Juni d. Js. abends zu erfolgen.

Für den Betrieb der Schankwirtschaft werden von der Betriebssteuer noch 50% Zuschlag zur Gemeindesteuer erhoben, und sind diese Beträge am 20. Juni d. Js. in den Vormittagsstunden in der hiesigen Stadtkassenschatz zu entrichten. Die Verteilung der Plätze findet am

Dienstag, den 21. Juni d. Js. nachmittags 4 Uhr am Thüringer Hof statt.

4. Der Verkehr in den öffentlichen Schanstuben und Zellen darf über die zwölfte Stunde des Nachts nicht ausgedehnt werden, auch soll das Fest über den Tag, an welchem der Auszug und Einzug der Kinder stattfindet, nicht ausgedehnt werden. Die sämtlichen Zelte und Buden sind am darauffolgenden Tage vom Festplatze wieder zu entfernen. (1211)

Merseburg, den 20. Mai 1910.

Der Magistrat.

Die Mädchenschulreform in der Herrenhaus-Kommission.

Die Finanzkommission des Herrenhauses behandelte vorigen Freitag die Stellung des Etats. Energetische Beschlüsse wurden von Vertretern großer Städte gegen das stammes Vorgehen des Unterrichtsministeriums bei der Durchführung der Reform der Mädchenschulen erhoben, wie gegen seine Projes, an die Genehmigung nach so dringender Maßnahmen auf dem Gebiete des Schulwesens Bedingungen zu knüpfen, die die Freiheit der Selbstverwaltung aufheben. So hätten — wohl unter dem Druck der feinerzeit hochgehenden Frauenbewegung — für die nach ihrer Bestallungsurkunde erfolgten Oberlehrerinnen — dieselben Wohnungsverhältnisse bewilligt werden müssen wie für die verheirateten Oberlehrer. Für jede neue Schule werde der „jeweilige Normaletat“ zur Bedingung gemacht. Es sei endlich an der Zeit, daß das Ministerium seine Ohren gegen die überaus spannten Forderungen mancher Lehrerverbände vernehme. Die Verantwortung in der Verteidigung des Kultusministeriums, daß es sich hier um eine neue Schularzt handelt, habe, für deren Einführung eben Opfer gebracht werden müßten, sollte sie sich bedauern, bestritt man; im wesentlichen seien es in den größeren Städten die alten Mädchenschulen geblieben, nur einige Verbesserungen seien hinzugefügt, und die Mitlung der „Frauenshule“ sei bei der Reform anscheinend nicht geraten, man begünne jetzt schon an ihrer Güte zu zweifeln. Man erfuhr, daß die Neuordnung der Schulunterhaltung eine Erspornis an Staatszuschüssen von 145 Millionen Mark gebracht hat. Wittere Klage wurde über die Konzentration aller großen Sammlungen in Berlin geführt. Der Minister stelle in Aussicht, eine Kollektion von Kunstwerken zusammenzustellen und in den Provinzen herumreisen zu lassen. Im übrigen sei durch das Dotationsgesetz von 1876 die Kurpflegen außerhalb der Zentralen den Kommunen übertragen. Angeregt wurde endlich, die Herabgabe der Häuser des Landtages für Versammlungen und gar Ausstellungen wie die der Ordineen, einzuführen.

Die Wahlrechtsvorlage im Herrenhause.

* Berlin, 22. Mai.

Präsident Febr. v. Mantuffel eröffnete die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. mit der Mitteilung, daß von Kronprinzgen ein Dankschreiben für die Glückwünsche zu seinem Geburtstage eingegangen ist, ebenso vom Kaiser für die Beileidkundgebung anlässlich des Todes des Königs Eduard VII. Das Andenken des verstorbenen Professors

von Savignyehrt das Haus in üblicher Weise.

Das Herrenhaus hat gestern die Wahlrechtsvorlage in der Fassung seiner Beschlüsse vom 29. April angenommen. Dieser für Verfassungsänderungen vorgeschriebenen zweiten Abstimmung durfte nach der Geschäftsordnung des Herrenhauses eine Diskussion nicht vorausgehen. Auf Antrag des Rittergutsbesizers v. Herzberg war die Abstimmung eine ramentliche. Sie ergab 127 Stimmen für und 82 Stimmen gegen die Wahlrechtsbeschlüsse vom 29. April, die damals das Herrenhaus mit 140 gegen 94 Stimmen angenommen hatte.

Die Wahlrechtsvorlage geht nunmehr an das Abgeordnetenhaus zurück. Es folgt die Beratung der Petition des Vereins für Feuerbestattung in Hagen (Westf.) um Zulassung der Feuerbestattung in Preußen.

Die Petitionskommission beantragt Ueberweisung der Petition als Material. Ein Antrag Dr. Voering und Dr. Vorhies fordert Ueberweisung zur Berücksichtigung.

Der Antrag des Grafen Zietzen-Schwerin auf Uebergang zur Tagesordnung wird mit knapper Mehrheit abgelehnt, ebenso der Antrag Voering.

Der Antrag der Kommission auf Ueberweisung als Material wird angenommen.

Der Straßburger Lehrertag.

Von einem Lehrer, der an der Straßburger Tagung des Deutschen Lehrervereins teilnahm, erhalten die „Veipz. Post.“ die folgende Zusammenfassung:

Als ich am Sonnabend vor Pfingsten zur Deutschen Lehrerversammlung nach Straßburg fuhr, gestellten sich unterwegs zwei Herren zu mir, die alsbald über den etwaigen Verlauf dieser Versammlung allerlei Betrachtungen anstellten. Der unmittelbare Anlaß zu dieser Unterhaltung war ein Zeitungsartikel, der dem Deutschen Lehrerverband nicht gerade wohlwollte. Während der eine der Mitreisenden die Ansicht vertrat, die Versammlung werde mit den radikalen Demerscharfe Abrechnung halten, verhielt sich der andere — wie ich aus der späteren Unterhaltung erntnahm, war es ein hoher Schulaufsichtsbeamter — sehr pessimistisch; aus der Besichtigung des Deutschen Lehrervereins und aus dem Verhalten der pädagogischen Presse dem Bebel-Telegramm gegenüber suchte er zu beweisen, inwiefern sein Pessimismus berechtigt sei. Diese Beweisführung interessierte mich lebhaft; doch nahm ich keine Veranlassung, die Rolle des unbeteiligten Dritten aufzugeben. Was ich den ersten Pfingstfesttag über in Straßburg hier und da vernahm, war nicht geeignet, den Pessimismus meines Mitreisenden zu verheugen. Wohl hörte ich Ansichten und wurden, man müsse die Bremer „ins Eis stellen“, man müsse „ein Exempel statuieren“, man dürfe überhaupt die Gelegenheit nicht vorbegehen lassen, ohne dem Vaterlande zu zeigen, daß wir mit dem standhaften Telegramm nichts gemein haben und keine Sozialisten in unseren Reihen dulden.“ Aber andererseits wurde mit Eifer und Leidenschaft die Ansicht verfochten, die politische Ueberzeugung des Einzelnen anzutasten, habe der Lehrerverein kein Recht; er sei nicht dazu da, „Sozialdemokraten totzuschlagen.“ Deutsche Lehrerversammlungen vollziehen

sich in einer glänzenden äußeren Aufmachung, die vieler Augen blendet und vieler Sinne berührt. Bis zur Nüchternheit maßvolle politische oder religiöse Ansäuungen werden von der Festtagstimmung nicht nach Gebühr gewertet. Man berauscht sich an dem Gedanken, die „größte Lehrervereinigung der Welt“ zu sein und selbst diejenigen, die auf ihren entlegenen Landstellen und ihren vier Schulwänden den Blick und das Verständnis für das Erreichbare und Praktische keinen Augenblick vermissen lassen, billigen Maßnahmen, die ihnen sonst nicht genehm sind. Fortschritt, Fortschritt! um jeden Preis! Reale politische Hindernisse erscheinen als „kleinliche Bedenken“. Alles das ist bei der Wertung der Kundgebungen und Beschlüsse solcher Lehrertage in Betracht zu ziehen.

Der kluge Mann baut vor! Mit diesem Wort hielt es auch der Vorsitzende Köhl-Berlin. Es war ein offenes Geheimnis, daß der Versuch gemacht werden sollte, gegen die Bremer Sozialisten Sturm zu laufen. Damit waren ganz besonders die Vertreter Norddeutschlands nicht einverstanden, und der Vorsitzende machte sich zu ihrem Wortführer, wenn er gleich die erste Gelegenheit wahrnahm, in seiner Begrüßungsansprache die Forderung auszusprechen, der Lehrerverein möge sich im Geiste seiner Begründer weiter entwickeln. Das war deutlich. Noch deutlicher wurde Köhl, als er das „vielsach ungeschickliche, auf einseitigen Informationen beruhende, Einzelereignisse verallgemeinernde Vorgehen der Gegner unseres Lehrervereins“ rügte. Am deutlichsten aber war der Hinweis auf den „bis her noch nicht in eine Formel gefaßten Brauch des Deutschen Lehrervereins, sich um die religiöse und politische Stellung seiner Mitglieder“ nicht zu kümmern; er hat damit „nichts zu tun“. Mit erhobenem Stimme erklärte Köhl: „Der Deutsche Lehrerverein ist ein paritätischer Standesverein. Seine Mitglieder sind in religiöser und politischer Beziehung durch keinerlei Satzungsbestimmungen gebunden. Für die Stellung, die die einzelnen Mitglieder des Vereins bei Vertretung ihrer staatsbürgerlichen Rechte in religiösen und politischen Fragen einnehmen, tragen sie selbst die Verantwortung. Der Deutsche Lehrerverein weiß deshalb alle Versuche, ihn für Kundgebungen seiner Mitglieder in diesen Fragen verantwortlich zu machen, mit Entschiedenheit zurück.“

Diese bündige Erklärung ist sowohl für den Deutschen Lehrerverein als auch für seine Männer und Gegner von der allergrößten Bedeutung. Man muß es dieser Erklärung lassen, daß sie ein Meisterwerk der Diplomatie ist. In den Augen aller Nichteingeweihten spricht sie die Zentralleitung von jedem Verdacht der politischen und religiösen Intoleranz frei. Dies Kind, kein Engel ist so rein. . . . Wer allerdings in der Lage ist, diese Erklärung im Licht der Erfahrung zu prüfen, dem ist sie eine Verlegenheitskundgebung, der Stellung abgerungen angefügt der mangelnde Erkenntnisse, die zu der „Toleranz“ in unvorstelligem Widerspruch stehen, wenigstens soweit preussische Verhältnisse in Betracht kommen. Wir wiederholen, daß im Lehrerverein bisher nur der zielbewusste Feind eine Stütze hatte und daß aus diesem Grunde Tausende Lehrer aus dem Verband förmlich vertrieben worden sind. Wer das leugnet, bestrittet Tatsachen. Die Mitglieder des Deutschen Lehrervereins haben nach der Erklärung nicht gewagt, die Telegrammfrage auszurufen. Der Vorsitzende war

seiner Sache so sicher, daß er mutig den gefährlichen Kampf betrat, indem er den Widerspruch gegen die Bremer Rundgebung gleichsam herausforderte, als er ein Berliner Büro riefte, das in der Presse die unzutreffende Besart verbreitet hatte. Breslau habe einen Antrag auf Ausschließung der sozialdemokratischen Lehrer eingebracht. Köhl konstatierte, ein solcher Antrag auf Ausschließung der sozialdemokratischen Lehrer liege nicht vor. Die Gegner des Deutschen Lehrervereins werden dessen Verhalten gegenüber sozialistischen Kollegen weidlich ausnutzen und seine Gegner werden nicht in der Lage sein, ihn in diesem Sinne zu verteidigen. Das ist wohl das Bestreben dieser Erscheinung. Die Wahrheit des Sprichwortes: „Sage mir, mit wem Du umgehst, dann will ich dir sagen, wer Du bist“ wird sich dem Lehrerverein anhängen, der sich durch sein Stillschweigen und Schweigen in eine sehr schlechte Lage gebracht hat. Ob er im Grunde geschäftstüchtig ist oder nicht, danach fragt das Urteil der breiten Öffentlichkeit wenig oder garnicht. Alle patriotischen Rundgebungen des Lehrervereins, so warm und so gut wie sie gemeint waren, wiegen nicht entfernt so viel als eine offene, ehrliche und energische Abgabe an die Sozialdemokratie. Das Reichsoberhaupt antelegraphieren, ihm Treue und Liebe geloben und gleichzeitig tritt den Sozialismus in den eigenen Reihen dulden, das sind unvereinbare Gegenstände.

Einen Vorwurf kann ich den nichtradikalen politischen Parteien des Reichs nicht erheben, nämlich den, daß sie dem Freisinn das Feld auch diesmal ohne Schwertstreich überließen. Die Lehrerschaft muß schließlich zu der Annahme gedrängt werden, daß sie außerparlamentarisch für die übrigen Parteien nicht da ist. Nationalliberale, Freikonervative, Konserervative, und auch ihre Verbündeten: hinein in die Lehrerversammlungen! Mit dem amtlichen Ignorieren ist es im Zeitalter der Kongresse nicht mehr getan. Lage Behauptungen, wie die, der Deutsche Lehrerverein sei für realistische und politische Rundgebungen seiner Mitglieder nicht verantwortlich, während dann der Rücksicht anheimfallen, die sie reichlich verdienen.

Soweit der Artikel der „Vesp. Musf. Nachr.“ Das Empfinden des Verfassers dieses Artikels ist ganz richtig: Man kann nicht den Kaiser in tiefer Loyalität antelegraphieren und gleichzeitig das anonyme Telegramm der Bremer Lehrer an Babel in der Verleumdung verschwinden lassen. Hier gibt kein Mumpstücken, hier muß gepöfien sein.

Die Sache ist auch dem sozialdemokratischen „Vorwärts“ wichtig genug, wie in einem besonderen Artikel in der vorgestrigen Nummer zu beschreiben, er kommt ebenfalls zu dem Schluss, daß die Art der Behandlung jenes Telegramms durch den Lehrtag ein Beleggenheits-Ausweg gewesen sei und sagt bei dieser Gelegenheit: „Die Sozialdemokratie steht heute nicht mehr vor den Toren des Allgemeinen Lehrervereins, sie ist schon mitten drin.“

Hoffentlich findet sich bald geeignete Gelegenheiten, diese Worte des „Vorwärts“ als Proklamator und Renommisterei abzuwischen. Das muß aber Sache des Lehrervereins selber, resp. seiner Mitglieder sein.

Berufsstandspolitit des Gewerbe- und Handelsstandes.

• Berlin, 22. Mai.

Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben: Ein Lehr- und Handbuch der Berufsstandspolitit für gewerbliche Unternehmer und Angestellte nicht mehr und nicht weniger, ist ein vierbändiges Werk von Dr. Aligander Tille: „Die Berufsstandspolitit des Gewerbe- und Handelsstandes“ (Berlin 1910. Rosenbaum u. Hart. Jeder Band bildet ein selbständiges Ganzes, ist einzeln käuflich und kostet 4 M.), das einem wirklichen Zeitbedürfnis entgegenkommt. Der Fansuband hat eine gewisse politische Organisation des Gewerbe- und Handelsstandes über das Reich ausgebreitet, und der Wahlfonds der deutschen Industrie sammelt bedeutende Mittel für den nächsten Reichstagswahlkampf. Aber eine eigene geistige Bewegung konnte man bisher die berufsständisch-politischen Bemühungen des Gewerbe- und Handelsstandes kaum nennen. Es fehlte an der Sammlung und Klärung der Auffassungen, Anschauungen, Überzeugungen und Ideale, welche dieser Bewegung zugrunde liegen. Es ist ganz klar, daß sie, wenn sie sich nicht zu einer geistigen

Bewegung erheben sehr bald im Sande verlaufen müßte. Zu rechter Stunde tritt aber zur politischen Organisation und zum Wahlkampf auch die geistige Arbeit.

Das „Berufsstandspolitit“ bietet den Interessierten von gewerblichen Unternehmern und Angestellten, welche die Lust und das Zeug dazu haben, sich für ihren Berufsstand politisch zu betätigen, das nötige Rüstzeug dazu, und zwar in einer systematischen Form, welche jedem das Ausnehmen dieses interessanten Stoffes leicht macht. Der erste Band behandelt unter dem Namen: „Die gewerbliche Ertragsmittelschaft“ die Grundtatsachen des Erwerbswirtschafts und der ertragswirtschaftlichen Normierung auf dem Boden der liberalen Gesellschaftsordnung und ist damit jedem die Mächtlichkeit, sich die Grundgedenisse des neuzeitlichen Wirtschaftssystems mit seinen vielfachen Verzweigungen einzuprägen.

Der zweite Band: „Der Gille Kampf gegen die gewerbliche Ertragsmittelschaft“, gibt eine lichtvolle Uebersicht über die ideologischen Angriffe, welches dieses neuzeitliche Wirtschaftssystem in dem letzten Jahrhundert von Moralisten und Schmäzern erfahren hat, und beleuchtet diese Angriffe kritisch auf ihre wirtschaftliche Widerständigkeit.

Der dritte Band gehört der unmittelbaren gewerblichen und gewerbetreibenden Praxis. Er führt den bezüglichen Titel: „Die deutsche Ertragsmittelschaft“ und behandelt die Umgründung der theologischen Theorien in die geistliche Wirklichkeit. Jeder der sich ein Bild davon machen möchte, wie die Gesamtheit unserer heutigen Ertragsmittelschaft den kommunistischen Zwangsstaat mit Revolutionen zu zerstören, sollte diesen Band durchstudieren. Die Zusammenfassung des Stoffes bietet des Uebersichtlichen und Interessanten genug.

Der vierte Band behandelt „Die politische Normierung des Gewerbe- und Handelsstandes.“ Er schildert die gegenwärtige politische Lage und die Mächte, welche eine Umgründung der politischen Stimmverhältnisse zu schaffen im Werke sind, und gibt in einem überaus bemerkenswerten Abschnitt: die berufsständisch-politische Arbeit des Gewerbe- und Handelsstandes, die er in erster Linie als Arbeit an diesem Stande selbst kennzeichnet.

Das Buch ist gerade das, was Gewerbe und Handel im gegenwärtigen Augenblicke politisch brauchen. Es mußten endlich einmal wichtige diejenigen Ideen in die Welt geworfen werden, welche dieselbe aus den heutigen sozialen Sentimentalitäten und Moralismen herausführen. Es mußte einmal klare Bahnen geschaffen und ein offenes Vernehmen abgeleitet werden.

Das ist in dem vorliegenden Werke in einer Weise geschehen, für welche der gesamte Gewerbe- und Handelsstand dem Verfasser nur aufrichtig dankbar sein kann.

Die soziale Lage der Aerzte.

Man schreibt dem „Wf. Tel.“:

Es ist in den letzten Jahren von gewissen Seiten, die aus einem Ueberfluß an Aerzten Nutzen zu ziehen hoffen, darauf hingewiesen worden, daß zurzeit ein Mangel an ärztlich assistenten bestehe und daß deshalb der Aspiranten das Studium der Medizin zu empfehlen sei. Der Mangel an Assistenten beweist jedoch nicht einen Mangel an Aerzten überhaupt, denn die Assistentenmäßigkeit ist nur eine vorübergehende, die zu weiteren Ausbildung nach dem ärztlichen Staatsexamen dient. Da nun das neudings eingeleitete, logen, praktische Jahr den Mediziner bereits ein Jahr lang zur praktischen Bekleidung und weiteren Ausbildung vor der Erlaubnis zur Niederlassung zwingt, so verzichten namentlich viele auf ein weiteres Assistentenamt. Außerdem sind gerade in letzter Zeit viele Krankenanstalten gegründet und vergrößert und dadurch die Assistentenstellen unverhältnismäßig vermehrt worden.

Besteht somit für diese Durchgangsstellen allerdings ein gewisser Mangel, so ist doch der ärztliche Beruf zurzeit überflutet und die Zahl der praktischen Aerzte wird in den nächsten Jahren noch bedeutend wachsen.

Im Jahre 1908 konnte die Vermittlungsstelle des Preussischen Bezirksärztlichen Verbandes 888 Preussischen nur 618 Orte zur Niederlassung nachweisen. Es blieben demnach außer den zurzeit in Assistenten- oder Vertretersstellen befindlichen noch 280 präsumierende Aerzte in einem Jahre übrig. Damals studierten nur 6000 Mediziner. Man steigt aber die Zahl der angehenden Mediziner an den Universitäten seit dem Jahre 1905 andauernd.

Sie betrug:

im Wintersemester 1905/06:	6080
1906/07:	7219
1907/08:	7773
1908/09:	8568

Wo soll da der riesige Ueberschuß der nach 1908 Approbierten Unterkunft finden?

Wie traurig jetzt die Einkommensverhältnisse der Aerzte sind, läßt die Liste der Einnahmen des Königl. Sachsischen Statistischen Amtes. Nicht die Erlangen in ganz Sachsen 34,8 Prozent der Aerzte noch nicht ein jährliches Einkommen von 4300 M. W. h. als 6300 M. Einkommen, und das ist doch das Mindeste, was ein Arzt mit Familie zum Leben braucht, ohne einen Hofpenny zurücklegen zu können, haben nur 44,8 Prozent, also noch nicht die Hälfte aller Aerzte!

Unter diesem Einkommen ist jedoch nicht etwa dasjenige aus der Praxis allein verstanden, sondern darin eingeschlossen sind auch die Erträge des Privatvermögens von Mann und Frau und alle sonstigen Nebenverdienste. Würde nur das Einkommen aus Praxis berücksichtigt, so verschlechtern sich, wie eine weitere Berechnung des Dresdener Statistischen Amtes zeigt, diese Zahlen noch ganz bedeutend.

So hatten in einem bestimmten berechneten Bezirk zwar 23 Aerzte ein Gesamteinkommen von über 10 000 M., aber nur 12 aus der Praxis, 5 Aerzte hatten ein Gesamteinkommen über 20 000 M., aber kein einziger allein aus seiner Praxis lebet.

Diese schon sehr misslichen Verhältnisse werden sich in Zukunft noch beträchtlich verschlechtern, sobald zur Einführung der neuen Reichsversicherungsgesetzgebung die Möglichkeit eines ausreichenden Erwerbs noch mehr eingeschränkt wird. Wenn erst, wie beabsichtigt, alle Personen, die ein Einkommen unter 2000 M. haben, die Versicherungspflichtig sein werden, so werden in Preußen z. B. 92 Proz. der Bevölkerung in Kantonalassen sein. Es bleiben dann nach der Zahl der Aerzte und Gemüher berechnet auf den einzelnen Arzt nur 62 Familien für die freie Praxis übrig. Da die Klasse nur eine beschränkte Anzahl von Aerzten zur Kassennahme zulassen, muß der Anfänger damit rechnen, daß er erst nach einer Reihe von Jahren zur Kassennahme gelangt. Und ist er endlich Kassennach, so verlangt die Klasse von ihm viel schlechterer Versorgung — in Preußen z. B. zahlen 66 2/3 Prozent der Bevölkerung 1/2 bis 2/3 von dem, was in der preussischen Lage von 1815 (!) als Mindestmaß bezeichnet wurde — eine Massenaarbeit, die für den wissenschaftlich Strebenden unbedeutend ist, zur Erholung und Fortbildung aber keine Zeit läßt. Abhängig von Leuten, die selbst glücklich ist unter ihm stehen und ihre Kunst nicht immer nach rein sachlichen Grundsätzen vergeben, nimmt der Arzt nicht mehr die hochgeschätzte gesellschaftliche Stellung ein in früheren Zeiten ein. Ein einziges geringes Versehen kann, als Kunstfehler betrachtet, dauernd seine Existenz vernichten, wozu eben bei den Kapitulieren, deren Zahl in einigen Orten Sachsen schon die Aerzte übersteigt, auch die größten Fehler damit einflußhaft werden, daß ihnen nach ihrem Wundungsange die bessere Kenntnis fehlen mußte. Das sind die Ausichten, die den überweltenden Teil derjenigen erwarten, welche sich das längste und teuerste Universitätsstudium erwählten. Das medizinische Studium dauert 6 1/2 Jahre. Die Kosten des Lebens betragen bei heftigen Ansprüchen etwa 14 000 M. Kollegienelder für praktische Übungen werden nicht gekundet und betragen durchschnittlich pro Semester etwa 2000 M. Gebühren für Vorlesung 90 M., für die ärztliche Prüfung 200 M., für die Doktorpromotion 300 bis 600 M., die Bücher und Instrumente sind gleichfalls sehr teuer. Zur Niederlassung ärztlicher Einrichtung und Unterhalt in der ersten Zeit ist endlich nochmal ein Kapital notwendig, welches erst nach dem ersten Jahre des Berufes einkommen kaum machen und große Versicherungsprämien kaum bezahlen können, und wozu er erwerbsunfähig, so hat er keinen Pfennig Pension, auch die Witwen- und Waisen nach seinem Tode nicht. Die Hilfslosigkeit, die von den Beiträgen der Aerzte eingeschlagen wird, reicht nur eben aus, um dem allergrößten Elend der ärztlichen Invaliden und der zahlreicheren dürftigen Witwen und Waisen abzuwehren.

Die Thronfolge in Spanien.

• Madrid, 21. Mai. Die Königin von Spanien wurde heute früh 2 1/2 Uhr von einem toten Knaben entbunden. Das Befinden der Königin ist zufriedenstellend.

Politische Uebersicht.

Deutsches Reich.

• Berlin, 22. Mai. (Sohnschichten.) Aus London wird unterm heutigen gemeldet: Kaiser Wilhelm nahm gestern das Frühstück beim Prinzen Christian von Schleswig-Holstein ein und suchte nachmittags die Deutsche Volkspartei, wo er den Lee nahm, zu dem die Herren und Damen der Volkspartei befohlen waren. Vor dem Volksparteihotel hatte sich eine größere Menschenmenge angesammelt, die den Kaiser bei der Abfahrt sympathisch begrüßte. Abends fand im Marlborough House Diner statt.

• Düsseldorf, 21. Mai. Die Hauptversammlung der Deutschen Bauernvereine der gemeinsamen westfälischen Interessen in Rheinland-Westfalen nahm folgende Resolution an: Die Versammlung befreit entschieden, daß zwischen der Großindustrie und den Industriellen der Fertigungserzeugnisse im Wien irgendeiner erheblicher Meinungsunterschied über die Beschäfte besteht, die das Vernehmlich in bezug auf die Bahre Reichssozialgesetzgebung hat. Die gesamte Industrie des Reichs erbittet in den Beschaffen eine wesentliche Verbesserung und will sich, wenn auch das Gesetz nicht allen Anforderungen entspricht, seine Annahme, damit die gewerblichen Kreise dieser für den preussischen Staat bedeutenden Bereiche von der Tätigkeit im Landtage nicht ausgeschlossen werden und Beratung im Lande eintritt.

America.

• Newyork, 21. Mai. 75 000 Kohlenbergleute in Illinois erklärten den Streik.

Locales.

• Merseburg, 23. Mai.

• Vortrag über Dante. In dem unteren Saale des Schloßgardenans finden am Mai nach, den 25. Donnerstags, den 26. Freitag, den 27. u. Sonnabend, den 28. Mai Vorträge des Dorfkulturs z. D. Professor Böckhamer über „Dante und seine Dichtung“ statt. Die Vorträge teilen sich in 4 Abteilungen: 1. Dante, 2. Hölle, 3. Berg der Läuterung, 4. Himmel. Für Merseburg bedeutet die Vorträge des so bekannten Danteforschers, der es sich zur Lebensaufgabe gemacht hat, den berühmten italienischen Dichter dem deutschen Volk und seiner Jugend näher zu bringen, einen seltenen Kunstgenuss. Ein Besuch der Vorträge ist jedermann sehr zu empfehlen. — Wünschlich der Einzelnheiten kann auf das Folgende in der vorliegenden Nummer verwiesen werden.

• Der Halkhische Komet ist gestern abend von 9-10 Uhr am westlichen Himmel auf geföhrt worden. Derselbe stand in mächtiger Höhe zwischen den Sternbildern der Zwillinge und des kleinen Hundsternes; er hatte das Aussehen eines mit Nebel verflochtenen Sternes, obwohl das Zentrum ganz klar war. Der Schweif war nur schwach sichtbar.

• Im Banne der Circ. Unter dieser Epithete schreibt die „S. Z.“: Der 18jährige Elektriker Johann Reinert ist aus Merseburg nach seiner Mutter ein Spalksenbuech, hob dann 1800 M. und von seinem eigenen 180 M. zusammen also ca. 2000 M. ab und verleihte die Geld in wenigen Tagen in der Damentheke von Stopp, in Halle. Reinert hatte sich ein Automobil und machte mit dem Wirtelenten und deren Kellerinnen Reisen nach Leipzig und Merseburg, mit einer Kellerin, der Perzallerliebsten sein, auch eine Jagd nach Bayern, woran sich noch die Fretieue der Wirtin beteiligte. Der Wirtin und der Fretieue kaufte er Kleider und die anderen Kellerinnen beschickte er mit teuren Schmuckdingen. Wie Reinert angibt, wurden allabendlich bei Stopp Bettgelage abgehalten, die man nach Eintritt der Polizeiwache in den Privaträumen des Wirtes fortsetzte. In solchen Fällen verließ Reinert die Nacht aber gleich in den Räumen des Wirtes. Nach seiner eigenen Angabe wurde er von der Wirtin nicht aus dem Garn gelassen; er kam erst zur Befreiung, als das Geld bis auf 2 Mark zusammen geschmolzen war. Gegen die Beteiligten ist Anzeige wegen Hehlerei, Böllerei und Gewerbevergehen erstattet.

Provinz und Umgegend.

• Halle, 22. Mai. Ihren schweren Verletzungen erlegen ist in der hallischen Klinik Frau Siebert aus Delitzsch, die dort infolge der Explosion einer Petroleumlampe Brandwunden am ganzen Körper erlitten hatte. Die Mutter der Frau Siebert, die gleichfalls



Bei der Explosion verlegt wurde, befindet sich auf dem Wege der Beseitigung.

Erstarrt, 15. Mai. Der Untersuchungsrichter beim Kgl. Landgericht macht folgenden Befand: Gegen die Frau Professor Florenz, Ehefrau geb. Waller, geboren am 30. Januar 1882 in Berlin, bis 18. Januar 1904 in Erfurt aufbewahrt, ist angeklagt in Japan, ist die Untersuchungsrichterin wegen Meinderb, begangen in Erfurt am 16. Januar 1904 in einer Disziplinarsache, die durch den Untersuchungsminister der Königl. Regierung zu Potsdam geführt wurde, verhängt. Es wird erwidert, dieselbe zu verhaften und in das nächste Gerichtsgefängnis abzuliefern, sowie zu den diesen Akt sofort Mitteilung zu machen.

Utenberg, 20. Mai. Durch Unvorsichtigkeit ließ sich dieser Tage ein Einwohnere in Oberrhein mit einer Pistole, mit der er Spagete schneiden wollte, in die Hand. Er beachtete die Warnung vorerst nicht weiter, bis sich heute heftige Schmerzen einstellten und den Tod des erst jüng verheirateten Mannes herbeiführten. Er erlag einer Blutvergiftung. Der Mann hinterläßt Frau und Kinder.

Delitzsch, 20. Mai. Der schwedische Gesandte in Berlin, von Trolle, und fünf weitere Herren der Berliner schwedischen Gesellschaft trafen am Mittwoch der Stadt Delitzsch einen Besuch ab, um sich die schwedische Katerresidenz, die eingeweiht, die aus der Zeit des 30jährigen Krieges noch erhalten geblieben sind, und die seit dem Jahre 1835 jeden Sonnabend vom Breiten Turm in Delitzsch gehalten werden, anzusehen. Die Herren trafen 11,03 Uhr ein und wurden vom Magistrat auf dem Bahnhofs empfangen. Nach Anführung der Signale erfolgte eine Rundfahrt durch die mit Fingerringen und Knechtchen besetzte Stadt, woran sich ein Frühstück im Speisesaal der Stadtkommandantur schloß. Ueber die Herkunft der schwedischen Katerresidenz gibt der Oberplaner Historiker in Berlin in einer kleinen Schrift interessante Aufschlüsse. Würtens Angaben beruhen auf handschriftlichen Aufzeichnungen eines Delitzscher Patrizierfraus aus der Zeit des 30jährigen Krieges, die einer Familie namens Dörmann gehören. Danach machten in den ersten Tagen des November 1632 fünf schwedische Reiter in Delitzsch nach Langem, biswärtigen den Rittes Ritt; sie kamen von Stollund, um Gustav Adolf, der in Eimdröben aus Bayern heranzog, Meldungen zu überbringen. Die Schreibere in Delitzsch, der fremden Reiter als „Dünen in ihren Helmen“, ihre Schärfer und ihre Augen sind mild und sehr freundlich. Diese brauen Reiter, meint sie weiter, reden nicht viel und machen nicht viel Aufhebens von sich. Still und ruhig vor sich lie ihre Dienste. Mit ihren Pferden verfahren sie als gute, liebe Freunde. Das fromm, klug, gute und mutige Wesen des Schwedenkönigs ist auch seine Reiter zu eigen. Die Schweden lagen noch in Delitzsch, als plötzlich eine Abteilung kaiserlicher Truppen mit zwei belagerten Geschützen vor den Toren erschien und die Ueberrumpelung der Stadt forderte. Da erteilte der Anführer der schwedischen Reiter seinem Vorgesetzten Befehl: „Trompete, feige auf den Stadtturm und blase io kräftig, wie du nur kannst, unsere Signale!“ Als die Belagerer die Signale hörten, die ihnen noch von Bittenfeld her in den Ohren klangen, zogen sie schleunigst nach Ahlen zu ab. Sie mochten geglaubt haben, daß schwedische Reiter in der Stadt liegen. Dies geschah an einem Sonnabend vormittag 10 Uhr; seitdem läßt die danische Besatzung an jedem Sonnabend um dieselbe Zeit die „Fanfare Gustav Adolfs zur wunderbaren Rettung Delitzsch“ blasen.

Seltzer, 20. Mai. Auf dem zur Mansfelder Kupferhütte bauenden Gewerbekant gebrannten „Eduardische“ wird am 1. Juli die Betriebsstellung erfolgen, da das Füllfeld soweit verbaue ist, daß ein Abbau der allerersten Rette nicht mehr rentabel ist. Die etwa 500 Mann stark Besatzung wird auf den beiden Schächten der Inspektion 3, dem Niemand- und Pauschacht, untergebracht werden.

Dom Kometen.

Breslau, 22. Mai. Wie der Direktor der Königl. Sternwarte zu Breslau,

Professor Dr. J. Franz, der „Vestl. Zeitung“ mitteilt, ist in der Nacht vom 19. zum 20. Mai auf der Höhe der Unterstadt-Sternwarte festgestellt, daß die Übergänge der Erde am Schmelz des holländischen Kometen beobachtet worden. Der Äquator, Randabstand der Ätronomie Meses und der Student der Ätronomie Paolosen von 12 Uhr 15 Minuten bis 12 Uhr 20 Minuten nach Mitternacht einen Teil des Kometenschweifes über den größten Teil des Himmels wandern. Der Komet trat anfangs vom Südwesten bis zum Großen Bären, später vom Nordwesten im Süden aus und war bis 140 oder 150 Grad lang. Er war heller als die Milchstraße, der Vordergrund am hellsten, die Mitte dunkel, der Hinterrand wieder heller. Die Scheinung war in dieser Form unermesslich und sehr interessant. Die Einzelheiten und Zeiten sind genau notiert.

Automobil-Chronik.

München, 21. Mai. Bei einer Auto-Kollision auf der Höhe von München, fuhr das Auto in der Nähe von München gegen einen Baum. Der Fahrer des Wagens, Jakobstorfer Müller, wurde auf der Stelle getötet. Die übrigen drei Insassen wurden verletzt.

Gerichtszeitung.

Darmstadt, 21. Mai. Eine Anklage, die mit über hunderttausend Reichsmark erkaufte und auch im vorjährigen hessischen Landtag den Antrag zu langen und scharfen Debatten gab, wird jetzt durch Verhandlungen der Darmstädter Zivilammer wieder wach erweckt. Es handelt sich um den Verleumdung des Grafen Grasmus von Erbach. Der Graf hat sich unter den in der hessischen Familienliste in der Älter und Ansehen eine hervorragende Stellung ein. Schon im 12. Jahrhundert läßt es sich urkundlich nachweisen. Der Vater des Grafen Grasmus ist Mitglied der Ältesten hessischen Kammer. Die Vermögens im Oberrhein und das sonstige Vermögen umfassen ca. 33 Millionen. Darum dreht sich auch der Prozeß. Der junge Graf Grasmus heiratete am 1. September 1905 die Tochter einer Wälderin, Fräulein Dora Fischer. Er ist 19 des weltlichen Hausgesetzes befreit, daß ein Sohn oder eine Tochter des Grafenstandes nur unter der Zustimmung sämtlicher Familienmitglieder betraut werden darf. Da dies hier natürlich nicht der Fall war, wollte der Graf Konrad v. Erbach, eine Seitenlinie, die auf das Erbe Anspruch erhebt, seinen Vater Grasmus der Standesämter für verlustig erklären lassen. Der Vater des Grafen Grasmus stellte sich auf die Seite seines Sohnes und ließ dessen Ehe in Frankfurt a. M. — er hatte jedenfalls zu den preussischen Gerichten mehr Vertrauen — wegen Verleumdung seines Sohnes scheitern. Graf Grasmus war zu diesem Zwecke wieder in einer Klageinstanz untergebracht worden. Er nahm die Sache deshalb io selbst geführt, da dem Grafen Konrad von Erbach das — Armenrecht zugestanden worden war. Dora Fischer verweigert nun als ehemalige Ehefrau des Grafen Grasmus ihre Zeugnisaussagen. Man darf gespannt sein, welchen Ausgang der nun seit fast 2 Jahren spielende Prozeß schließlich nehmen wird.

Bermischtes.

Königsbrunn, 21. Mai. Auf der Königsbrunn fand ein gerichtlicher Vorkommnis wegen der dort endenden Unterseite. Die Klagegeklagten, die schon längere Zeit betrieben sein dürften, haben bis jetzt die Summe von 32000 Mk. ergeben. Ein Wirtsgewerbetreibender und ein Weinhandlungsbändler sind in die Affäre verwickelt. Ein Kontrollbeamter hatte bei einem dahingehenden Wagen ein beträchtliches Liebergewicht festgestellt, und io fomen die Unregelmäßigkeiten ans Tageslicht.

München, 22. Mai. In hier mochte ein trauriger Fall vorerzählen. In der Wohnung hatte sich der Student Droschke der Medizinischen Hochschule erschossen. In einem hinterlassenen Brief gab er als Motiv an, daß er seit längerer Zeit auf eine Geliebten von Hause war, die aber immer noch nicht eingewilligt hat. Als die Geliebte aus dem Zimmer getragen wurde, brachte der Postbeamte eine Anweisung auf fährndem Markt, die seit 12 Tagen in München lagerte. Man hatte die Sendung an die frühere Adresse des Inhabers geschickt. Da sie dort aber nicht befreit werden konnte, ließ man sie einfach auf der Wost liegen, bis man zufällig die neue Adresse ermittelte.

Sonndurg, 20. Mai. Dem hiesigen Preisrichter Veder wurden mündlich an 11. April 1910 vier Kinder im Alter von einem bis sechs Jahren. Unmittelbar darauf starb auch die Frau, eine Wöchnerin, an Benennenzündung. Im nun nach Weg des Angeklagten zu führen, ist heute auch noch eine Tochter von 20 Jahren, die ihren Dienst in Dresden verließ, um ihren Vater in der Not beizuhelfen, vom Tode dahingerafft worden; zuerst von Diphterie ergriffen, erkrankte sie zuletzt an Augenentzündung, der sie nun erlegen ist.

Zwettau, 21. Mai. In dem Städtchen Sothen (Osterrhein) schickten mittelst seit 10 Uhr vormittags eine Feuerbrunst, die auf dem Ringplatz aus bisher unbekannter Ursache zum Ausbruch kam und bis gegen 1 Uhr fünfzehn Häuser

erstarrt hatte. Die Vage ist äußerst gefährlich, io daß von Bleich ein Spragzug mit der höchsten Feuerwelle und hunderte Mann Militär nach Stollach abgefangen wurde.

Leipzig, 21. Mai. Der Rat der Stadt Leipzig genehmigte gestern das Entlassungsgeld des Direktors der Sterklingen Leptziger Stadttheater, Robert Wolfner, zum 1. April 1912. Vom Herbst 1912 an ist Direktor Wolfner nun definitiv zum Intendanten beider Stadttheater in Frankfurt a. M. ernannt. Der Direktor Wolfner mit der Stadt Leipzig ging ursprünglich bis zum 30. Juni 1912. Gern hat der Rat Herrn Direktor Wolfner nicht aus seinem Vertrage entlassen.

Petersburg, 21. Mai. Im Dnjepr sind bei einer Bootfahrt 47 junge Arbeiter ertrunken. Das Boot war an einen Stein gerannt und in den Stromschnellen getreten.

Danzig, 21. Mai. Der Rechtsanwalt und Notar Ernst Höfer in Karthaus stellte sich der Danziger Staatsanwaltschaft mit der Angabe, er habe 35—40,000 Mk. unterschlagen, die ihm als Rechtsanwalt und Kontorverwalter anvertraut waren. Die Untersuchung ergab bisher einen Fehlbetrag von 75,000 Mark, darunter befinden sich auch Wübelgelber. Höfer war früher Amtsrichter in Karthaus; anscheinend ist er in Wübelhände gefallen.

Kleines Feuilleton.

Das große Los der preussischen Klassenlotterien mit 500,000 Mk. wurde gezogen. Es fiel auf Nr. 137015. Außerdem wurden noch folgende 3000 Gewinne gezogen: 10,000 Mk. auf Nr. 16351 und Nr. 114186, 5000 Mk. auf Nr. 5000 und Nr. 111435, 170829, 287730.

Gingefandt.

Zum nächsten Male ist Herr Direktor Mufäus in unserer Stadt. Er hat uns manch einen genugsamen Abend verschafft, und die Stadt hat ihm rechtlich die besten Einlassung seiner Verdienste und Bemühungen eine Subvention für sein Unternehmen zur Verfügung gestellt und damit getan, was andere Städte auch tun. Aber gerade die besser flutenden Mägen unserer Stadt gehen doch leider noch immer nicht das Jäger für unsere Sommerhäuser, das durchaus nicht ist, um das Unternehmen auf seiner Höhe zu halten. Herr Mufäus hat im Vertrauen auf das Entzonenkommen der Merseburger lauter neue Kräfte engagiert und ein Ensemble geschaffen, welches auch höheren Anforderungen wohl genügen kann. Herr Straß ist wieder engagiert, was ja bei der vielseitigen Wendbarkeit und bei der allgemeinen Beliebtheit dieses tüchtigen Künstlers gewiß ungeteilt der Fall findet. Außerdem wird Herr Tony Mufäus in einigen Rollen auftreten, auch werden wir Frau Gehring-Mufäus in nächster Zeit ein paar Mal wiedersehen, was doch höchlich auch ganz nett ist. Die höheren Beamten unserer Stadt, die ja zum großen Teil das bisher lebte nur leicht kümmerlich der reiner Sprachschulung ausmachen, haben io scheinbar fast alle jähler in größeren Stücken gelebt und sind durch die Maß von Hille und Leipzig sowie die überaus günstige Verbindung mit Berlin in der Lage, heute gute Theaterpossessionen zu sein, und die Bühne des Volkstheaters läßt ohne Zweifel mancherlei zu wünschen übrig, aber als Bürger von Merseburger denken sie sicherlich richtig, wenn sie sich sagen, wir können hier natürlich nicht das haben, was uns Leipzig oder Berlin bietet oder früher Frankfurt, Kassel oder Breslau bot, aber wir wollen doch mit dem auch zufrieden sein, was wir her haben können, wir wollen ein Unternehmen nicht inoperieren, das unseren Württemberg Freunden und dessen Leiter sich io große Mühe gibt und der bei gutem Gange von uns unserer Seite auch scheinbar in der Auswahl seiner Stücke sein Möglichstes tut wird, um sich zufrieden zu stellen. Und noch etwas dürfte vielleicht zu erwägen sein: Bei einer großen Zahl der Merseburger Beamten ergrät ein Unternehmen seit in M. besteht, das von den höheren und höchsten Beamtenkreisen ignoriert wird. Ich bin überzeugt, daß auch manch verdienstlicher Theaterbesucher angenehm überrascht sein wird von dem, was etwz in die Mittel der Gesellschaft des Herrn Mufäus leisten. Selbstverständlich ist nicht jedes Stück zum Besuch zu empfehlen, und Enttäuschungen erlebt man in Merseburg io oft wie in Berlin, aber eine noch schwache Suppen u. s. w. erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack mit einigen Tropfen

willen die Württemberg nicht erstere Bestrebungen mit der Sicherheit gel sein.

Professor Fischer, Oberlehrer am Kgl. Gymnasium.

Telegramme und letzte Nachrichten.

München, 22. Mai. In München ist am Sonntag früh kurz vor 2 Uhr in dem an der Bar hinter dem südlichen Volksbade gelegenen großen südlichen Elektrizitätswerk durch Kurzschluss im Maschinenhaus Feuer ausgebrochen, das an den Umwicklungen der Dynamos, den Dichtungen und den Kabelverbindungen sich rasend schnell verbreitete und innerhalb von zwei Stunden das ganze Werk mit dem Dachstuhl bis auf die Mauern ausbrannte. Die groß in Dynamos um alle Kabelleitungen sind zerstört, io daß am Sonntag früh im Maschinenhaus Feuer nur 10 von 25 bis nachmittags betriebsfähig waren, während die übrigen Dinten und später dann alle Dinten nur die Hälfte ihrer Leistung in oder noch weniger ausliefern konnten. Zur Kalamität der Betriebsstörungen auf der Straßenbahn gestellte sich bei einbrechender Dunkelheit der Verkehrsverhältnisse. Ganze Straßenzüge und Plätze, wo die Gasbeleuchtung sein zu sein u. bedauerlich abg. ist worden ist, entbehren der gewohnten Beleuchtung, zur Freude der lichtgierigen Elemente. Der Brandschaden wird auf 12 Millionen geschätzt, die die großen Apparate und alle Maschinen wahrscheinlich inlich ganz verloren und unbrauchbar geworden sind. Dazu kommt der empfindliche Ausfall an Gasabnahmehöhen, wie der an Licht- und Abgaben. Die Wiederherstellung des Werks wird Monate erfordern.

Dom Meien, 22. Mai. In der Umgebung von Meien, ferner im Oberrhein und in der Rheinpfalz sind gestern sehr schwere Unwetter niedergegangen. Der Bahnverkehr wurde teilweise unterbrochen.

Berleberg, 21. Mai. Der noch nicht 16 Jahre alte Fidelebergler Bruno Hebehaus wurde auf dem hiesigen Bahnhofe verhaftet. Er hatte heute morgen zwischen 7 und 8 Uhr das vierstündige Dienstaufsehen des Schutzmannes Schöderer in Dörfow bei Wusthof ermordet und etwa 1000 Mk. geraubt. Der jugendliche Mörder war vor drei Wochen in der Gefängnisanstalt Jöhlsdorf antwöhnt. Er lernte zunächst bei dem Schichtmeister Schöderer in Dörfow, hielt aber nicht aus. Als am letzten er das Mauerwerk bei dem Maurermeister Böttcher in Wusthof, hier unter Schutz er über 2000 Mk. und schloß, wurde aber in Wusthof verhaftet und io fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Nach Verhängung der Strafe kam er wieder in die Gefängnisanstalt. Nachdem er dort entwichen war, ließ er sich in Berlin und gelangte heute morgen nach Dörfow. Er wußte, daß seine frühere Mutter Wusthofs und Sonnabends zum Wochenmarkt nach Wusthof fährt. Gegen 7 Uhr betrat er den Laden, wo er etwas zu essen forderte. Das jugendliche Dörfowler nahm ihn aber nicht an. Als es keine Arbeit fortgehen wollte, stürzte sich der Verbrecher auf das Mädchen und drückte ihm die Kehle zu, bis es leblos war. Jetzt holte er sich vom Boden einen Handstreich, sand damit Hände und Füße des Mädchens zusammen, trug die Leiche nach der Schlafkammer, wo er sie ins Bett legte, und glückte das Oberbett, io daß nichts zu sehen war. Nachdem der Mörder in der Schlafkammer noch ein Butterbrot und eine Flasche Bier trunken hatte, erbrach er mit einer Art der Kommode, in welcher etwa 1000 Mark aufbewahrt waren. Gegen 11 Uhr ging er nach Wusthof und von dort nach Dörfow, löste ein Billet zweiter Klasse nach Wusthof und fuhr mit dem Mittagszug ab. Nachdem die Berleberger Polizei telegraphisch benachrichtigt worden war, wurde er bei seiner Ankunft auf dem Bahnhof aus dem Zuge heraus verhaftet.

Gemüse, Saucen,

Achtung vor Nachahmungen!

schwache Suppen u. s. w. erhalten augenblicklich unvergleichlichen Wohlgeschmack mit einigen Tropfen

MAGGI Würze

Schutzmarke Kreuzstern

nicht mitkochen, erst beim Anrichten beifügen. MAGGI Würze ist sehr ausgeblüht, man verwendete stets den Würzesparsper.



Probefläschchen 10 Pf. (1196)

